



Bundestag verabschiedet Bundeshaushalt 2019



Der Bundestag berät abschließend über den Bundeshaushalt 2019. Darin vorgesehen: Ausgaben von insgesamt 356,4 Milliarden Euro, das sind 12,8 Milliarden Euro Mehrausgaben als im laufenden Jahr 2018. Und dennoch steht die schwarze Null weiterhin stabil - auch das Haushaltsjahr 2019 kommt ohne neue Schulden aus.

"Der Bundeshaushalt 2019 bedeutet einen weiteren Schritt zur Stärkung unseres Landes. Wir investieren in zentrale Zukunftsbereiche wie Verkehrsinfrastruktur, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz", fasst Fraktionschef Ralph Brinkhaus die Lage zusammen und verspricht: "Wir werden auch in Zukunft darauf achten, dass die finanzielle Solidität und Berechenbarkeit ein Markenzeichen der Union bleibt. Wir denken nicht zuerst an neue Sozialausgaben, sondern zuallererst ans Erwirtschaften", so Brinkhaus weiter. Jeder Euro, der ausgegeben werde, müsse erst verdient werden.

Es wird zum sechsten Mal ein Bundeshaushalt mit einer schwarzen Null aufgestellt. Das ist alles andere als selbstverständlich. Mit Blick auf den ersten ausgeglichenen Haushalt 2014 war der letzte noch unter Franz-Josef Strauss 1969.

Mit dem Haushaltsentwurf setzt die Koalition nicht nur die Politik der schwarzen Null fort. 2019 wird erstmals das sogenannte EU-Maastricht-Kriterium erfüllt, wonach die Verschuldungsquote unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegen muss.

Investiert wird unter anderem stark in Kinder, Jugendliche und Familien. So werden Familien durch einen steigenden Grundfreibetrag und das erhöhte Kindergeld ab 2019 finanziell entlastet. Mit einem Anstieg der Investitionen von 143 Millionen Euro auf nun 10,45 Milliarden Euro setzt die Union in der Familienpolitik deutliche Akzente.

Auch beim Ehrenamt haben sich CDU und CSU dafür stark gemacht, die Versprechen im Koalitionsvertrag umzusetzen. Der Bund wird die Freiwilligendienste umfassend stärken. Dazu stellen wir insgesamt 65 Millionen Euro für mehr Plätze sowohl im Freiwilligen Sozialen Jahr und Freiwilligen Ökologischen Jahr als auch im Bundesfreiwilligendienst zur Verfügung. Von den 65 Millionen Euro werden auch die Zuschüsse zur pädagogischen Begleitung erhöht.

Auch in die innere Sicherheit investiert der Bund 2019 mehr Geld als bislang. So wird allein der Verteidigungsetat um weitere 350 Millionen Euro aufgestockt. Der Bundestag schafft so die Grundlage für zentrale Rüstungsprojekte wie etwa das taktische Luftverteidigungssystem. Die Soldatinnen und Soldaten brauchen dringend zusätzliches Material und bessere Rahmenbedingungen. Aufgrund ihres Engagements für die Sicherheit Deutschlands und Europas ist die Bundeswehr kontinuierlich gefordert und starken Belastungen ausgesetzt. Mehr Geld für die Bundeswehr hatte auch Fraktionschef Ralph Brinkhaus bei seinem Besuch in der Bundeswehrkaserne Fläming in Brandenburg gefordert.

Foto: Pixabay

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



der vom Deutschen Bundestag in dieser Woche zu verabschiedende Bundeshaushalt ist der sechste mit einer schwarzen Null.

Wir bleiben damit der von Wolfgang Schäuble eingeleiteten Haushaltswende treu. Neben starken Investitionen in Zukunftsthemen wie die Digitalisierung oder in den Zusammenhalt der Gesellschaft setzt der Bundeshaushalt 2019 einen klaren Schwerpunkt bei der Inneren Sicherheit. Wir stellen schon im nächsten Jahr 4.000 von den 7.500 im Koalitionsvertrag vereinbarten Stellen zur Verfügung. Davon profitiert allein die Bundespolizei mit 2.100 Stellen und das Bundeskriminalamt mit 475 Stellen. Zudem werden 64 Millionen Euro für geschützte Fahrzeuge der Bereitschaftspolizeien der Länder und jeweils 100 Millionen Euro zusätzlich für Fahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehren im zivilen Katastrophenschutz bereitgestellt. Für das Projekt "Polizei 2020" sind zudem im Jahr 2019 über 80 Millionen Euro vorgesehen, um die digitalen Informations- und Fahndungssysteme unserer Polizei zukunftsfähig und leistungsstärker zu machen. Auch die Zollverwaltung wird um 775 Stellen aufgestockt, um die Herausforderungen bei der Geldwäsche oder an internationalen Flughäfen besser zu meistern. Besonders wichtig ist mir außerdem, dass auch Gerichte und Justizbehörden durch die Aufwüchse im Bundeshaushalt profitieren. Das Markenzeichen der Union bleibt weiterhin das Aufstellen solider Haushalte, die klug in die Zukunftsfähigkeit und Stabilität unseres Landes investieren.

Es grüßt Sie

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Laurence Chaperon



Investitionen in die Mobilität der Zukunft

Mobilität von Menschen und Waren ist eine Grundvoraussetzung für unseren Wohlstand in Deutschland. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat daher im Haushalt 2019 Projekte verankert, die zur Verbesserung der Mobilität beitragen sollen. Dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur stehen 29,29 Milliarden Euro zur Verfügung. Das Ministerium verfügt damit über den größten Investitionshaushalt.

Ein Fokus liegt auf dem Bahnverkehr. Bahnfahren soll noch attraktiver und vor allem auch nachhaltiger werden. So wird ein Deutsches Zentrum für Schienenverkehrsforschung (DZSF) gegründet, um die Schiene in Forschungsfragen fit für die Zukunft zu machen. Aber auch das Potenzial alternativer Antriebstechnologien – z.B. Wasserstoff, Batterie oder Hybrid – im Schienenverkehr soll durch Neuinvestitionen in Züge ausgeschöpft werden. Damit wird eine Vereinbarung des Koalitionsvertrages umgesetzt.

Ein Ziel ist aber auch, mehr Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Daher sind im Haushalt Mittel zur Senkung der Trassenpreise vorgesehen, um Güterverkehr auf der Schiene günstiger zu machen.

Durch eine Modernisierung des Bahnfunks soll der Mobilfunk- und Internetempfang für Bahnreisende künftig verbessert werden. Eine wichtige Aufgabe der Politik ist auch, jedem Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund war es der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein großes Anliegen, hier einen Beitrag zu leisten und die vollständige Kostenübernahme für 118 (zukünftig) barrierefreie Bahnhöfe zu beschließen. „Gerade auch in ländlichen Regionen ist die Barrierefreiheit an Bahnhöfen von zentraler Bedeutung für die Mobilität von Menschen mit Behinderung.“ sagt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Ulrich Lange. Davon profitieren natürlich auch ältere Menschen oder Eltern mit Kinderwagen.

Durch viele Projekte sollen auch Breitbandausbau und die Forschung in den Bereichen Mobilfunkstandard, automatisiertes Fahren und innerstädtischer Lieferverkehr gefördert werden. Dazu kommen noch weitere Projekte, die auch die maritime Wirtschaft und die Binnenschifffahrt stärken sollen.

Aber auch steuerliche Regelungen sorgen für Verbesserungen insbesondere für Pendler. Das entsprechende Gesetz wurde bereits am 8. November 2018 im Bundestag beschlossen. Jetzt muss nur noch der Bundesrat zustimmen.

Zahlt der Arbeitgeber seinen Arbeitnehmern Zuschüsse zu einem Jobticket oder finanziert er dieses sogar ganz, dann ist dies zukünftig steuerfrei. Es wird nicht mehr als Arbeitslohn behandelt. Dies gilt sogar dann, wenn man das Ticket auch privat nutzen darf. Wichtig ist dies für Pendler, die auf den städtischen Nahverkehr oder auf Regional- und Fernzüge angewiesen sind.

Ein weiterer wichtiger Baustein betrifft Dienstfahrräder, die der Arbeitgeber kostenlos oder verbilligt zur Verfügung stellt. Auch diese sind zukünftig steuerfrei und werden nicht mehr versteuert. Dies gilt übrigens nicht nur für „normale“ Fahrräder, sondern auch für Elektrofahrräder. Da die Entwicklung in diesem Bereich zunächst beobachten werden soll, ist die Regelung erstmal bis 2021 befristet.

Foto: Pixabay

Union sorgt für mehr bezahlbaren Wohnraum

Wohnen ist die gesellschaftliche Frage unserer Zeit und Ausdruck von Lebensqualität für alle Menschen. Darum hat das Thema für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und auch für die Ballungsräume in Nordrhein-Westfalen einen besonders hohen Stellenwert.

Das zeigt sich im Etat für den Bereich Wohnen und Bauen, der im Bundeshaushalt 2019 rund 4,3 Milliarden Euro umfasst. Die Union will in dieser Legislatur ein umfangreiches Maßnahmenpaket umsetzen, um für mehr bezahlbaren Wohnraum in Deutschland zu sorgen. Bausteine dafür sind u.a. die soziale Wohnraumförderung oder steuerliche Anreize zur Schaffung von mehr Wohneigentum. Auch will die CDU/CSU gerade junge Familien auf ihrem Weg in die eigenen vier Wände unterstützen. Das Baukindergeld ist hier bereits jetzt schon ein großer Erfolg.

Impressum:

Ausgabe Nr. 19/2018,
22. November 2018

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck